



ABSCHLUSSEKLRÄRUNG DER KONFERENZ

ALTERNATIVEN in der tschechischen Stromversorgung

14. / 15. NOVEMBER 2002 IN ČESKÝ KRUMLOV / KRUMAU (CZ)

- 1) Eine offene, sachliche und grenzüberschreitenden Diskussion über Alternativen zum AKW Temelín wird von allem Teilnehmern begrüßt und für hoch aktuell gehalten. Weitere Schritte zur Intensivierung der Diskussion sind dringend erforderlich.
- 2) Die Produktion des AKW Temelín wird angesichts der vorhandenen Kapazitätsüberschüsse für die Versorgung der Tschechischen Republik nicht benötigt. Die gesamte Produktion würde zu einer weiteren Erhöhung der Überkapazität in Tschechien und in der EU beitragen.
- 3) Angesichts der Situation am tschechischen Strommarkt erweist sich die Nullvariante als die ökonomisch überlegene Lösung. Durch ihre Realisierung können gegenüber der vollen Inbetriebnahme des AKW Temelín bis zu 95 Milliarden Kronen eingespart werden. Auch im Rahmen der *"Multikriteriellen Analyse der Szenarien für die Nullvariante"*, die ein breites Spektrum an Kriterien berücksichtigt, erweist sich die Nullvariante als die günstigste Lösung für die Tschechische Republik.
- 4) Das derzeitige Modell der Fusion von CEZ mit den Distributionsgesellschaften würde die Fortsetzung der Quersubventionierung von kleinen Verbrauchern zur Produktionsebene ermöglichen. Dadurch könnte auch die Quersubventionierung von Dumping-Exporten weiter fortgesetzt werden.
- 5) Die geplante Zusammenlegung steht dem Trend in der EU entgegen. In der Vorbereitung neuer Richtlinien wird eine rechtliche Entflechtung sowie der Zugang zur Rechnungslegung verlangt. Die Konferenzteilnehmer machen auf die Notwendigkeit aufmerksam, diesen Trend bei der Beurteilung der Fusion durch die tschechische Anti-Monopol-Behörde und die EU-Kommission voll zu berücksichtigen, um ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile für den Temelín-Betreiber zu vermeiden. Die Konferenzteilnehmer werden dazu geeignete politische und rechtliche Schritte sowohl in Tschechien als auch auf EU-Ebene initiieren.

- 6) Die Konferenzteilnehmer kommen überein, daß besonders beim Betrieb von Kernkraftwerken auf der Bildung von betreiberunabhängigen und kostendeckenden Rücklagen für die Abwrackung und Entsorgung radioaktiver Abfälle bestanden werden muß. Weiters muß die Haftungsbeschränkung der AKW-Betreiber für Unfallfolgen aufgehoben werden, die eine Form der Quersubventionierung darstellt. Dieses Prinzip sollte auf alle Industriezweige angewendet werden, von denen eine Gefährdung der Allgemeinheit ausgeht.
- 7) Die österreichischen und deutschen Politiker werden aufgefordert, im Einklang mit der EU - Politik der Tschechischen Republik konkrete Angebote zur Entwicklung der erneuerbaren Energie und zur Steigerung der Energieeffizienz vorzulegen.